



SEITE 2
ElterngeldPLUS für mehr Partnerschaftlichkeit

SEITE 3
Energiewende: sicher, sauber und bezahlbar



SEITE 4/5
SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil im Interview

SEITE 6
Keine Grüne Gentechnik in Deutschland



SEITE 7
Gesagt, getan, gerecht: Mehr Geld für Bildung

SEITE 8
Waffenhandel ist keine Wirtschaftspolitik

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 03/2014

Rente: Sie haben es sich verdient

Die SPD-Fraktion schafft mit dem Rentenpaket Verbesserungen für Millionen von Menschen.

Der Bundestag hat das erste große Gesetzespaket der Koalition beschlossen. Das Rentenpaket tritt am 1. Juli 2014 in Kraft. Damit schafft die Koalition mehr Gerechtigkeit im Rentensystem. Von dem Gesetz werden in den kommenden Jahren 10 Millionen Menschen profitieren. Das Paket ist auch ein klarer Erfolg der Sozialdemokraten, die ihre Forderungen gegen viele Widerstände durchgesetzt haben. „Wir haben Wort gehalten“, betont der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann.

Eine Frage der Gerechtigkeit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßt die neuen Regelungen. Es sei ein entscheidender Wendepunkt in der Rentenpolitik, dass der Verfall der Rentenleistungen endlich gestoppt werde, heißt es aus dem DGB-Bundesvorstand. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast sagt: „Das Rentenpaket zeigt, dass Arbeit etwas wert ist und Anstrengung anerkannt wird“.

Menschen, die 45 Jahre ihre Beiträge in die gesetzlichen Rentenkassen eingezahlt haben, können künftig zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Dabei werden auch kurze Zeiten der Arbeitslosigkeit angerechnet.

Thomas Oppermann sagt: „Wer ab dem 1. Juli mit 63 Jahren in Rente geht, hat hart und lange dafür gearbeitet und unsere Solidarsysteme in besonderem Maß gestützt.“ Es sei eine Frage der Gerechtigkeit, solche Lebens- und Arbeitsleistungen auch finanziell besser anzuerkennen.

Zudem erkennt die Koalition mit dem Rentenpaket die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern besser



Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wer 45 Jahre lang gearbeitet hat, hat sich seinen Renteneintritt verdient.

an, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Darüber hinaus können alle Versicherten davon profitieren, dass die Erwerbsminderungsrente verbessert wird und künftig mehr Geld für Reha-Leistungen zur Verfügung steht.

Keine Frühverrentungswelle

Um zu verhindern, dass ältere Beschäftigte gezielt vor Renteneintritt entlassen werden, haben sich die Fraktionen von Union und SPD auf eine Regel verständigt, die zugleich auch Arbeitnehmerinteressen schützt: Zeiten der Arbeitslosigkeit werden in den letzten zwei Jahren vor Renteneintritt nicht berücksichtigt. Um unnötige Härten zu vermeiden, werden sie jedoch angerechnet, wenn die Arbeitslosigkeit durch Insolvenz oder durch vollständige Geschäftsaufgabe des Ar-

beitgebers verursacht wird.

Außerdem wird es für Arbeitnehmer künftig leichter, auch nach dem Erreichen des regulären Renteneintrittsalters weiterzuarbeiten. Derzeit enden viele Arbeitsverträge mit dem Erreichen des Rentenalters. Wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch während des laufenden Arbeitsverhältnisses einvernehmlich auf eine

Verlängerung einigen, kann das Arbeitsverhältnis künftig rechtssicher fortgesetzt werden.

„Arbeit lohnt sich“, sei das Signal, das die Koalition mit dem Rentenpaket setze, betont Thomas Oppermann. ■

Mehr zum Thema im Kurzinterview mit Daniela Kolbe auf Seite 2.

Das Rentenpaket in Kürze

- Menschen, die 45 Jahre Rentenbeiträge gezahlt haben, können ab 1. Juli **zwei Jahre früher** in Rente gehen. Auch kürzere Zeiten der Arbeitslosigkeit werden angerechnet.
- Mit der **Mütterrente** bekommen alle Eltern von vor 1992 geborenen

Kindern einen **Entgeltpunkt** mehr auf dem Rentenkonto.

- Wer vorzeitig in Rente gehen muss, erhält eine höhere **Erwerbsminderungsrente**.
- Das **Reha-Budget** wird erhöht.

Meldungen

65 Jahre Grundgesetz

Der Bundestag hat am 23. Mai in einer Gedenkstunde an das Inkrafttreten des Grundgesetzes vor 65 Jahren erinnert.

Mit dem Grundgesetz hat der Parlamentarische Rat im Mai 1949 die Grundlage für die Entwicklung von Demokratie und Freiheit in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt. Heute gilt es als Musterbeispiel einer demokratischen Verfassung.

Die Festrede hielt der Schriftsteller Navid Kermani. Der 47-jährige Orientalist ist im westfälischen Siegen geboren und als Sohn iranischer Einwanderer zweisprachig aufgewachsen. „Das Grundgesetz macht den Staat zum Diener der Menschen“, sagte Kermani. Es sei ein bemerkenswert schöner Text, der im deutschen Sprachraum von seiner Bedeutung her nur mit der Lutherbibel vergleichbar sei. ■

ElterngeldPLUS für mehr Partnerschaftlichkeit

Mit dem ElterngeldPLUS erhalten junge Väter und Mütter künftig mehr Freiheiten bei der Gestaltung ihrer Elternzeit.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein zentrales Anliegen. Auf Initiative von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat das Bundeskabinett jetzt einen Gesetzentwurf für eine Weiterentwicklung des Elterngeldes beschlossen. Das ElterngeldPLUS sorgt dafür, dass Eltern flexibler mit ihrer Elternzeit umgehen und schon früher Teilzeit wieder in den Beruf einsteigen können.

„Das ElterngeldPLUS bedeutet beim Elterngeld eine Trendwende in Richtung mehr Partnerschaftlichkeit“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann. Es bringe Eltern mehr Spielraum für die Gestaltung des Elterngeldes und unterstütze

so auch die frühe Rückkehr beider Eltern in den Beruf. Schon heute wollen sich 60 Prozent der jungen Väter und Mütter Erwerbsarbeit und Familie partnerschaftlich teilen, aber nur 14 Prozent können diesen Wunsch verwirklichen. Mit der neuen Regelung können sich Eltern das Elterngeldbudget aufteilen: Wenn sie früher mit einer gewissen Stundenzahl in den Beruf einsteigen, bekommen sie die Leistung dementsprechend länger.

Wenn beide, Mutter und Vater, sich entscheiden, jeweils 25 bis 30 Stunden in der Woche zu arbeiten und sich damit auch die Zeit mit ihrem Nachwuchs zu teilen, gibt es einen zusätzlichen Partnerschaftsbonus in Form von vier weiteren ElterngeldPlus-Monaten. ■



Die SPD-Fraktion will eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen.

Weniger Diskriminierung, mehr Gleichstellung

Die SPD-Bundestagsfraktion will alle bestehenden Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität beenden. Auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD ist dieses Ziel verankert.

Jetzt kommt die Koalition diesem Ziel ein Stück näher. Der Bundestag hat Anfang Juni einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem eingetragene

Lebenspartnerschaften künftig steuerlich genauso behandelt werden wie Ehen. Die SPD-Fraktion tritt schon seit Jahren dafür ein, dass gleiche Pflichten auch mit gleichen Rechten verbunden sein müssen. Das Gesetz erfüllt die Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht mit einem Urteil im Mai 2013 gesetzt hat. Dafür werden unter anderem das Bundeskindergeldgesetz, das Eigenheimzulagengesetz, das Wohnungsbau-Prämiengesetz und das Alters-

vorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz geändert.

Sukzessivadoption beschlossen

Bereits Ende Mai hat der Bundestag zudem ein Gesetz beschlossen, das eingetragenen Lebenspartnern das Recht auf Sukzessivadoption einräumt. Damit dürfen Lebenspartner künftig ein Kind adoptieren, das der andere Partner bereits adoptiert hat.

Bisher war die Sukzessivadoption

nur Ehepartnern gestattet. „Familie ist für uns dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen“, sagt Sönke Rix, Sprecher der SPD-Fraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Trotz dieser klaren Fortschritte sieht sich die SPD-Fraktion noch nicht am Ziel. Rix betont: „Wir streben weiterhin die völlige rechtliche Gleichbehandlung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe sowie ein volles Adoptionsrecht für Lesben und Schwule an.“ ■

Das Rentenpaket aus ostdeutscher Sicht



Im Interview erklärt Daniela Kolbe, Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Fraktion, was das Rentenpaket für die Menschen in Ostdeutschland bedeutet.

Der Bundestag hat das Rentenpaket beschlossen. Sie nennen es „eine gute Nachricht für Ostdeutschland“. Warum?

Wir haben die gesetzliche Rente gestärkt, und die Lebensleistungen vieler Millionen Menschen noch stärker gewürdigt. Bei der Rente mit 63 ist es uns gelungen, kurze Zeiten der Arbeitslosigkeit gegen den Willen von Teilen der Union mit zu den 45 Beitragsjahren zu zählen. Ansonsten hätten gerade viele Ostdeutsche in die Röhre geschaut, deren stetige Erwerbsleben nach der Wiedervereinigung sehr oft kurz unterbrochen wurden.

Werden ostdeutsche Frauen bei der Mütterrente benachteiligt?

Nein. Bei der Mütterrente profitieren die heutigen Rentnerinnen pauschal vom zusätzlichen Rentenpunkt. Das freut gerade die Frauen im Osten, die neben der Kindererziehung noch ein anstrengendes Erwerbsleben bestritten und dabei Rentenpunkte erworben haben. Bei Müttern, die erst noch in Rente gehen, sieht es leicht anders aus. Dort werden zwar nur wenige Frauen im Osten den vollen Rentenpunkt aufaddiert bekommen. Allerdings rechnet die Deutsche Rentenversicherung damit, dass es im Schnitt

statt 26 Euro durchschnittlich 24 Euro pro Kind gibt. Diese Fälle, dass Frauen gearbeitet und Kinder großgezogen haben, gibt es natürlich in ganz Deutschland.

Wie wirkt sich die frühere abschlagsfreie Rente auf die sogenannte Zwangsverrentung für Langzeitarbeitslose aus?

Wenn Betroffene in nächster Zukunft die Möglichkeit auf eine abschlagsfreie Rente haben, ist eine Zwangsverrentung ausgeschlossen. ■

EEG 2.0: Erneuerbare ausbauen, Kosten senken

Mit einer Reform des EEG will die Koalition die Energiewende nach dem Stillstand der letzten Jahre vorantreiben.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein voller Erfolg: 25 Prozent unseres Stroms kommen heute aus Erneuerbaren Energien. Gleichzeitig treibt dieser Erfolg die Kosten in die Höhe. Knapp 20 Milliarden Euro hat die Förderung der Erneuerbaren 2013 gekostet, bezahlt von Wirtschaft und privaten Stromkunden in Form der EEG-Umlage. „Diese Kosten sind für viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch für viele Unternehmen ein großes Problem“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

Ausbau vorantreiben

Im Mai hat der Bundestag deshalb einen Gesetzentwurf zur Reform des EEG beraten. Ziel ist es, die Erneuerbaren Energien weiter auszubauen, dabei aber die Kosten zu senken und gerechter zu verteilen. Durch die Festlegung von Ausbaukorridoren für neue Wind-, Solar- und Biomasseanlagen soll die Energiewende besser gesteuert und eine Überförderung verhindert werden. „Wir bremsen die Energiewende nicht aus, sondern werden den Ausbau vorantreiben“, sagt Heil.



Mit einer erfolgreichen Energiewende kann Deutschland zum weltweiten Vorreiter werden.

Mit einem zweiten Gesetzentwurf will die Koalition zudem die Ausgleichsregelungen für energieintensive Unternehmen neu regeln. Damit sie in Deutschland wettbewerbsfähig produzieren können, wird bei ihnen schon heute die EEG-Umlage begrenzt.

„Es ist notwendig, die Industrie bei den Strompreisen zu entlasten, um den Wirtschaftsstandort zu stärken

und Arbeitsplätze zu sichern“, sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Tiefensee. Die Ausnahmen sollen künftig für Branchen gelten, die im internationalen Wettbewerb stehen und besonders energieintensiv sind. Dabei müssen die Stromkosten gemessen an der jeweiligen Bruttowertschöpfung einen bestimmten Mindestanteil übersteigen. ■

„Wir geben der Arbeit ihren Wert zurück“

Viele Jahre hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde gekämpft. Jetzt ist der entsprechende Gesetzentwurf im Parlament angekommen. Das Gesetz soll am 4. Juli beschlossen werden.

Mindestlohn kommt

Der zentrale Punkt des Gesetzpakets ist der Mindestlohn: Ab dem 1. Januar 2015 sollen alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde erhalten. In einer Übergangszeit bis Ende 2016 darf es tarifvertragliche Abweichungen geben. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn flächendeckend. Danach wird seine Höhe regelmäßig von einer Kommission der Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Ausnahmen

gelten für Langzeitarbeitslose, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse, für bis zu sechswöchige Praktika vor oder während der Ausbildung und Jugendliche unter 18 Jahren.

„Rund zehn Jahre Kraftanstrengung an der Seite der Gewerkschaften haben sich gelohnt“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast. Dass der Mindestlohn als sozialdemokratisches Herzensanliegen jetzt umgesetzt werde, sei ein großer Erfolg.

Tarifautonomie gestärkt

Mast betont aber auch, dass in dem Gesetz noch mehr als der Mindestlohn steckt. „Mit dem Tarifpaket werden außerdem die Tarifautonomie und Tarifbindung gestärkt.“

Das Gesetz sieht vor, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Branchen zu öffnen. Damit können verbindliche Mindeststandards für alle

in- und ausländischen Beschäftigten durchgesetzt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Neuregelung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Tarifverträge können nach dem Tarifvertragsgesetz unter bestimmten Voraussetzungen für allgemeinverbindlich erklärt werden, sie gelten dann für alle Beschäftigten einer Branche. Bisher geht das nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Beschäftigten der jeweiligen Branche gilt. Dieses 50-Prozent-Quorum soll gestrichen werden. Tarifverträge können so künftig leichter auf die gesamte Branche erstreckt werden.

„Wir geben der Arbeit ihren Wert zurück“, betonte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles im Bundestag. Das Gesetz stärke die Tarifautonomie, unterbinde die Aushöhlung der Tarifpartnerschaft und setze eine klare Grenze für die Löhne nach unten. ■

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Rentenreform haben wir eine Gerechtigkeitslücke geschlossen. Gleichzeitig hat die Große Koalition damit einen entscheidenden Punkt ihres Koalitionsvertrages umgesetzt. Sowohl mit der Mütterrente als auch mit der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beschäftigungsjahren erkennen wir Lebensleistungen an. Das Rentenpaket ist nicht geschenkt, die Menschen haben es sich verdient.

Bei der Rentenreform wissen wir eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter uns. Das ist für uns Antrieb und Bestätigung zugleich.

Auch wenn die Rente in den Debatten der letzten Wochen im Mittelpunkt stand: Die Rentenreform ist nur ein Teil unseres politischen Programms. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Chancen der jüngeren Generation ein. Dazu gehören Schüler und Studenten in gleichem Maße wie junge Familien. Das ElterngeldPlus ist ein wichtiger Baustein unserer Familienpolitik. Wir belohnen Partnerschaftlichkeit bei der Kinderbetreuung und unterstützen die frühe Rückkehr beider Eltern in den Beruf. Und in der Bildung setzen wir gezielt auf eine Stärkung von Kitas, Schulen, Hochschulen und der wissenschaftlichen Forschung. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird der Bund die deutsche Bildungs- und Forschungslandschaft mit insgesamt neun Milliarden Euro zusätzlich stärken. Mit der Übernahme der BAföG-Finanzierung durch den Bund stellen wir das BAföG als wichtige sozialdemokratische Errungenschaft auf Dauer sicher.

Die SPD hat sich nicht nur im Koalitionsvertrag mit ihren Positionen durchgesetzt. Auch im Regierungshandeln sind wir die treibende Kraft. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Wir haben noch viel vor! ■



»Wir bremsen die Wende nicht aus, sondern treiben sie weiter voran«

Wer die Energiewende voranbringen und für ihre Akzeptanz sorgen will, muss den Kostenanstieg aufhalten, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. Im Interview warnt er davor, Verbraucherinteressen gegen Arbeitsplätze auszuspielen.

Nachdem die Energiewende zuletzt ins Stocken geraten ist und vor allem über gestiegene Strompreise diskutiert wurde, will der Bundestag noch vor der Sommerpause eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschließen. Worum geht es dabei?

Die Energiepreise sind insgesamt gestiegen, dazu gehören neben den Strompreisen auch Heizkosten oder Warmwasserkosten. Diese Kosten sind für viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch für viele Unternehmen ein großes Problem. Wenn wir die Energiewende also voranbringen und für ihre Akzeptanz sorgen wollen, müssen wir diesen Kostenanstieg aufhalten. Mit

der Reform des EEG wollen wir zum einen den Ausbau der Erneuerbaren vorantreiben, aber auch Überförderung abbauen und auf mehr Kosteneffizienz achten. Die Reform wird dazu führen, dass wir die Kosten langfristig im Griff behalten.

Für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sollen Korridore festgelegt werden. Wird die Energiewende damit langsamer vorangehen?

Nein, wir werden die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen. Schon heute kommen 25 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien. Das ist ein Verdienst des EEG. Es hat die Erneuerbaren in den Energiemarkt eingeführt,

jetzt geht es um die Marktdurchdringung. Die Ausbaukorridore haben nicht nur damit zu tun, die Kosten im Griff zu behalten. Sie sind ein Instrument, um die Energiewende wirtschaftlich vernünftig zu steuern. Ganz

„Wir wollen den Ausbau vorantreiben und für mehr Kosteneffizienz sorgen“

„Die Ausnahmeregelung für die Industrie ist eine Frage von Arbeitsplätzen“

klar dabei ist: Wir bremsen die Energiewende nicht aus, sondern werden den Ausbau vorantreiben. Mitte des kommenden Jahrzehnts werden wir 45 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien beziehen.

Für die höheren Strompreise der privaten Verbraucher werden auch die Ausnahmeregelungen für die Industrie verantwortlich gemacht. Unternehmen sind zum Teil von der EEG-Umlage befreit. Warum will die Koalition daran festhalten?

Wir halten nicht einfach daran fest, sondern wir reformieren die Regelung. Wir brauchen die Ausnahmen für die energieintensiven Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen. Das ist ganz klar eine Frage von Arbeitsplätzen. Deutschland ist ein Industrieland mit Grundstoffindustrien wie der Chemischen Industrie oder der Stahlindustrie. Für Unternehmen dieser Branchen sind Energiekosten eine wesentliche Standortfrage. Deshalb ist es vollkommen falsch, hier Arbeitsplätze gegen Verbraucherinteressen auszuspielen.

Wir brauchen mehr Kosteneffizienz im Ausbau der Erneuerbaren und müssen gleichzeitig die Ausnahmeregelungen für die wirklich energie- und handelsintensiven Branchen beibehalten. Darum hat die Bundesregierung mit der EU-Kommission in Brüssel hart gerungen.

Wie werden die Ausnahmeregelungen reformiert?

Wir haben klare Kriterien: Nur Branchen und Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und deren Produktion besonders energieintensiv ist, können Ausnahmen beantragen. Außerdem gibt es künftig eine höhere Mindestbeteiligung. Das neue System wird dazu führen, dass einige Unternehmen aus der Ausnahmeregelung rausfallen, da sie diesen Kriterien nicht entsprechen.

Das EEG ist nur ein Baustein der Energiewende. Wo sehen Sie weiteren Handlungsbedarf, damit die Wende gelingt?

Neben der EEG-Reform ist die wichtigste Baustelle das Thema Energieeffizienz. Die beste Strom- und Energie-

preisbremse ist die nicht verbrauchte Kilowattstunde. Da ist eine ganze Menge zu tun, nicht nur im Gebäudebestand, sondern auch im Mobilitätssektor und in der Produktion. Hinzu kommt die Frage nach der Versorgungssicherheit. Also was ist, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, wir aber trotzdem eine gesicherte Energieversorgung brauchen? Außerdem müssen wir uns um den Ausbau der Netze und das Thema Energieforschung kümmern. Diese Legislaturperiode hat also noch viel energiepolitische Arbeit vor sich. Das liegt auch daran, dass die schwarz-gelbe Vorgängerregierung uns ein ziemliches energiepolitisches Chaos hinterlassen hat, das wir jetzt aufräumen werden. Wobei diese Aufräumarbeiten zur Planungssicherheit bei allen Beteiligten beitragen. Dadurch fördern wir Investitionen und letztlich Arbeitsplätze.

Die SPD-Fraktion hat in der Koalition bisher vor allem Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht. Ist das eine Politik, die zu Lasten der Wirtschaft und der Industrie geht?

„Schwarz-Gelb hat uns ein ziemliches energiepolitisches Chaos hinterlassen“

Nein. Im Unterschied zu manchen politischen Mitbewerbern sagen wir als Sozialdemokraten: Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze, sondern wechselseitige Bedingungen.

Diesen wirtschaftlichen Erfolg hat Deutschland nach wie vor. Welche Herausforderungen sehen Sie für die Wirtschaft in den kommenden Jahren, damit es auch so weitergeht?

Es stimmt, Deutschland ist wirtschaftlich stark und erfolgreich, trotzdem dürfen wir uns nicht zurücklehnen. Vor allem müssen wir den demografischen Wandel bewältigen, der sich auch am Arbeitsmarkt niederschlägt. Wir reden über Fachkräftesicherung und leisten uns gleichzeitig, dass Jahr für Jahr 50.000 junge Menschen ohne Schulabschluss dastehen. Wir haben 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 ohne berufliche Erstausbildung. Dass diese Menschen Schwierigkeiten haben werden, eine ordentliche Arbeit zu finden und dass sie als Fachkräfte nicht zur Verfügung stehen, ist klar. Klar ist aber auch: Wir können uns einen solchen gespaltenen Arbeitsmarkt weder sozial noch ökonomisch leisten.

Wie kann die Politik denn die Ausbildung von Fachkräften fördern?

Diese Bundesregierung investiert zusätzlich 6 Milliarden Euro im Bildungsbereich. Wir entlasten die Länder, damit sie gezielt in Schulen, auch in Kitas

„Wir können uns einen gespaltenen Arbeitsmarkt weder sozial noch ökonomisch leisten“

investieren können. Der Staat muss über Bildungs- und Schulpolitik dafür sorgen, dass diejenigen, die die Schule verlassen, auch einen Abschluss erwerben und ausbildungsfähig sind. Außerdem müssen wir unsere Duale Berufsausbildung stärken, das ist ein Standortvorteil. Aber auch die Unternehmen stehen in der Pflicht, für mehr Ausbildungsplätze zu sorgen. Wer nicht ausbildet, darf nicht über Fachkräftemangel jammern. Wir werden deshalb den Ausbildungspakt im Schulterschluss mit den Unternehmen und den Gewerkschaften durch eine Allianz für Aus- und Weiterbildung ersetzen.

Was ist mit denen, die davon nicht mehr profitieren? Was kann man konkret für die jungen Menschen ohne Abschluss oder Ausbildung tun?

Auch sie müssen ihre zweite Chance bekommen, das ist die Aufgabe von aktiver Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Ich bin froh, dass Andrea Nahles diesen Weg künftig verstärken wird. Darüber hinaus müssen wir früher anset-

zen, damit diese Gruppe nicht ständig reproduziert wird. Denn mit umfangreichen Maßnahmen nachzuqualifizieren ist unglaublich teuer und anstrengend, auch für die Betroffenen. Besser ist es, mit einer anderen Bildungspolitik dafür zu sorgen, dass uns Kinder und Jugendliche gar nicht erst verloren gehen auf dem Weg durch die Bildungsinstitutionen. Jeder muss anschließend die Chance haben, durch eigene Hände Arbeit eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Werden wir in diesem Zusammenhang auch auf Zuwanderung aus anderen Ländern angewiesen sein?

Wir werden qualifizierte Zuwanderung brauchen. Aber allein mit Zuwanderung werden wir die Qualifikations- und Fachkräfteprobleme dieses Landes auch nicht lösen können. Wir müssen uns zuerst um diejenigen kümmern, die hier sind, nicht zuletzt um die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Gerade sie haben nach wie vor große Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt. Dann brauchen wir auch qualifizierte Zuwanderung. Damit wir langfristig erfolgreich sind, müssen wir ein weltoffenes Land sein – beides gehört zusammen. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

nachgefragt bei ...



Der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis schreibt in seinem Gastbeitrag über den Neustart der Energiewende und erklärt, warum wir die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen dringend brauchen.

Das Jahrhundertprojekt Energiewende drohte stecken zu bleiben, ehe es zielgerichtet Fahrt aufgenommen hatte. Ein Neustart war überfällig, gegen enorme Widerstände hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine substanzielle Novelle des EEG auf den Weg gebracht. Die Energiewende 2.0 gewinnt an Kontur, das ist gut für unser Land. Die neuen europäischen Beihilfen werden in deutsches Recht umgesetzt. Wir gehen davon aus, dass es auf den letzten Metern zu keinen gravierenden Änderungen mehr kommt. Die IG BCE streitet für eine ausbalancierte Energiewende. Es wäre alles andere als zielorientiert, würden einzelne Aspekte gegeneinander

ausgespielt. Wir wollen eine Energiewende, die wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Fortschritt und ökologischer Effizienz verbindet.

Ausnahmen für die Industrie sind keine Geschenke, sondern dringend notwendig

Eine Überforderung der Industrie brächte erhebliche soziale Verwerfungen mit sich, am Ende wären auch die ökologischen Ziele nicht zu erreichen. Die Regelungen für stromintensive Unternehmen sind deshalb keine Geschenke, sondern notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten – und um mehr als 800.000 guter Arbeitsplätze zu sichern. Zum Beispiel in der Aluminium- und Kupferher-

stellung, in der Chemie-, Papier-, Glas- und Zementindustrie. Die Ziele sind klar, wie lang jedoch der Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien werden wird, ist heute noch nicht absehbar. Die Dimension der Herausforderung wurde von Schwarz-Gelb unterschätzt, mitunter sogar negiert. Noch bestehen zum Teil erhebliche Ungewissheiten. Erforderlich ist jetzt eine Roadmap für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Wir dürfen die Augen nicht vor den Realitäten verschließen: Um auf der gesamten Strecke Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, müssen konventionelle Brücken gebaut werden. Wer anderes suggeriert, handelt mindestens fahrlässig. ■

Meldungen

Gerechtere
Ghetto-Renten

Der Bundestag hat einen Gesetzentwurf der Bundesregierung beschlossen, der die Auszahlung von Renten ehemaliger Ghetto-Arbeiter deutlich verbessert.

Das Gesetz regelt die Anerkennung von Beitragszeiten für eine im Ghetto geleistete Arbeit von NS-Verfolgten. Demnach bekommen die rund 40.000 Betroffenen ihre Rente rückwirkend vom 1. Juli 1997 an. In der Vergangenheit wurden einige Anträge aufgrund einer engen Rechtsauslegung des Bundesgerichtshofs (BGH) abgelehnt. Zwar hat der BGH schon 2009 seine Rechtsauffassung geändert, für die Antragsteller galt aber bislang die im Sozialrecht verankerte Rückwirkungsfrist von nur vier Jahren. Sie führte dazu, dass Renten erst ab dem Jahr 2005 gezahlt wurden. Diese Rückwirkungsfrist soll nun nicht mehr angewendet werden. „Es ist gut, dass hier endlich eine Lösung gefunden wurde, die den sehr alten Menschen konkret hilft“, sagt die zuständige Berichtserstatlerin der SPD-Fraktion Kerstin Griese. ■

Besserer
Gläubigerschutz

Mit einem Gesetzentwurf will die Koalition für mehr Zahlungsdisziplin im Geschäftsverkehr sorgen. Schuldner sollen künftig noch stärker zur unverzüglichen Zahlung angehalten werden. Der gesetzliche Verzugszins wird angehoben und der Gläubiger erhält Anspruch auf eine Verzugs pauschale. Zudem ist es künftig für Unternehmen oder öffentliche Auftraggeber schwieriger, sich vertraglich bestimmte Zahlungs-, Abnahme- oder Überprüfungsfristen einräumen zu lassen und damit die Pflicht zur sofortigen Begleichung einer Forderung hinauszuschieben. In Allgemeinen Geschäftsbedingungen sollen vereinbarte Zahlungsfristen von mehr als 30 Tagen oder Überprüfungs- und Abnahmefristen von 15 Tagen künftig im Zweifel als unangemessen und damit unwirksam gelten. ■

Keine grüne Gentechnik in
Deutschland

Mit einem Antrag wollen die Koalitionsfraktionen den Anbau von Genpflanzen in Deutschland verhindern.

Laut Umfragen sind weit über 80 Prozent der Deutschen dagegen, dass hierzulande gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden. Dennoch wird die Europäische Union voraussichtlich bald den Anbau der gentechnisch veränderten Maissorte 1507 zulassen. Deutschland hatte sich Anfang des Jahres bei der Abstimmung im EU-Ministerrat enthalten, weil es innerhalb des Kabinetts dazu unterschiedliche Auffassungen gab: Die SPD- und CSU-geführten Ressorts waren für ein EU-weites Verbot, die CDU-Ministerien dagegen.

SPD-Fraktion setzt sich durch

Schließlich hat sich die SPD-Fraktion doch noch durchgesetzt. In einem gemeinsamen Antrag haben sich die Fraktionen von CDU/CSU und SPD klar gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland ausgesprochen. Die EU-Mitgliedstaaten sollen demnach künftig selbst über den Anbau von Genpflanzen entscheiden.

„Dass wir auf dieser Grundlage den vorliegenden Antrag erarbeitet haben, ist ein großer Erfolg für die SPD-Fraktion“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ute Vogt. Nun stimme auch die Unionsfraktion einem nationalen Verbot zu. „Wir nehmen die Sorgen und Vorbehalte der Menschen ernst.“

Mit dem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf,



Auch künftig soll der Maisanbau in Deutschland gentechnikfrei bleiben.

sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer nationalen Ausstiegsklausel (Opt-Out) einzusetzen. Damit könnten die EU-Mitgliedstaaten den Anbau von Genpflanzen national verbieten – trotz einer europaweiten Zulassung. Wichtig dabei: Der Ausstieg soll für die Mitgliedstaaten jederzeit und ohne die Angabe von Gründen möglich sein.

Unverzichtbare Bedingungen

Für die SPD-Fraktion seien das unverzichtbare Bedingungen, sagte Elvira Drobinski-Weiß, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft, im Bundestag. „Mit diesem Antrag verbessern wir die natio-

nen Möglichkeiten zum Ausstieg aus dem Anbau entscheidend.“ So sollen nationale Parlamente, zum Beispiel nach einem Regierungswechsel, jederzeit aussteigen können. Derzeit ist dies nur in einem komplizierten Verfahren und nach Vorlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse möglich.

Laut Antrag müssen zudem diejenigen Staaten, die sich für den Anbau entscheiden, dafür sorgen, dass sich die Pflanzen nicht über Ländergrenzen hinweg ausbreiten. Nach Beschluss der europäischen Regelung soll die Bundesregierung umgehend ein Anbauverbot in Deutschland umsetzen. Damit dürfte auch die Maissorte 1507 nicht in Deutschland angebaut werden. ■

GKV-Gesetz: Das Ende der Kopfpauschale



Es ist das Ende der Kopfpauschale in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): Anfang Juni hat der Bundestag ein Gesetz zur künftigen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen beschlossen, mit dem auch die Kassenbeiträge neu geregelt werden. Der allgemeine Beitragssatz wird Anfang 2015 von 15,5 auf 14,6 Prozent gesenkt. Ein wichtiger Verhandlungserfolg für

die SPD-Fraktion: Die vom Einkommen unabhängigen pauschalen Zusatzbeiträge werden ebenso abgeschafft wie der bisher von den Versicherten zu zahlende Sonderbeitrag von 0,9 Prozent. Der Beitragssatz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sinkt dadurch von bisher 8,2 auf 7,3 Prozent.

Beiträge nur nach Einkommen

Wenn die Kassen künftig Zusatzbeiträge erheben, geht dies nur einkommensabhängig. Die Regelung sieht einen vollständigen Einkommensausgleich zwischen den Krankenkassen vor, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

„Die Änderungen bei den Kranken-

kassenbeiträgen beenden endgültig das gescheiterte Experiment der Kopfpauschalen, schaffen viel unnötige Bürokratie ab, entlasten den Bundeshaushalt und geben den Kassen die Entscheidungshoheit über die Höhe ihres Beitragssatzes zurück“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hilde Mattheis.

Schmerzlich für die SPD-Fraktion sei, dass etwaige Beitragssteigerungen zunächst nur von den Versicherten bezahlt werden müssten, die Arbeitgeber jedoch vorerst geschont würden, sagt Hilde Mattheis. Dies war mit der Union nicht zu ändern. „Der Arbeitgeberbeitrag wird damit aber nicht für alle Zeiten festgeschrieben.“ ■



Universitäten können künftig vom Bund direkt gefördert werden.

Wort gehalten: Mehr Geld für Kitas, Schulen und Unis

Mit dem Bildungspaket stellt die Koalition insgesamt neun Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung bereit.

Ende Mai hat sich die Koalition über die Einzelheiten der zusätzlichen Investitionen in Bildung und Forschung geeinigt und damit ein weiteres Versprechen aus dem Koalitionsvertrag eingelöst. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil nannte es „einen guten Tag für die

Bildungsrepublik Deutschland“. In den Ländern würden damit dauerhaft und verlässlich Spielräume für Investitionen geschaffen, sagte Heil.

Konkret wurde vereinbart, dass die Länder in der laufenden Legislaturperiode durch den Bund um 6 Milli-

arden Euro entlastet werden, um ihre Aufgaben bei der Finanzierung von Krippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen zu können. Der Bund stellt zudem weitere 3 Milliarden Euro für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zur Verfügung.

Teil der Einigung ist, dass der Bund künftig die Ausgaben für das BAföG dauerhaft übernimmt und die Länder dadurch um jährlich mehr als 1 Milliarde Euro entlastet. Dieses Geld können sie ab 2015 zusätzlich in Kitas, Schulen und Universitäten investieren. Zudem plant die SPD-Fraktion, das BAföG spätestens zum Wintersemester 2016/2017 zu erhöhen. „Das BAföG als sozialdemokratisches Erfolgsmodell für Chancengerechtigkeit startet damit in eine neue Phase“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst-Dieter Rossmann.

Für die Finanzierung von Krippen und Kitas stockt der Bund das Sondervermögen Kinderbetreuung auf bis zu 1 Milliarde Euro auf. Dazu erhalten die Länder 2017 und 2018 jeweils 100 Millionen Euro zusätzlich über einen Festbetrag am Umsatzsteueraufkommen.

Kooperationsverbot lockern

Außerdem finanziert der Bund mit 1,3 Milliarden Euro den Hochschulpakt weiter, mit dem Studienplätze geschaffen werden. Damit der Bund darüber hinaus Hochschulen künftig direkt fördern kann, soll das Grundgesetz entsprechend geändert und damit das Kooperationsverbot für die Wissenschaft aufgehoben werden. „Die unsinnigen Verbote von Bund-Länder-Kooperationen werden endlich aufgebrochen. Das ist überfällig und zeigt die Stärke dieser Koalition“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Er nennt das Bildungspaket eine „hervorragende Lösung, die viele lang aufgestaute Probleme löst.“ Gewinner seien die jungen Menschen. ■

Berufliche Bildung stärken

Unser duales Ausbildungssystem hat sich bewährt. Deutschland schneidet im Bereich der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich gut ab.

Dennoch stehen wir mit Blick auf den Fachkräftemangel und den demografischen Wandel vor gewaltigen Herausforderungen. Der Berufsbildungsbericht 2014 zeigt diesen Handlungsbedarf auf: Im vergangenen Jahr blieben demnach mehr als 33.000 Lehrstellen in Deutschland unbesetzt. Auf der anderen Seite ist die Zahl der jungen Menschen gestiegen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. „Es kann nicht sein, dass der Verbleib von rund 90.000 Jugendlichen nach der Schule unklar ist“, sagt der zuständige Berichterstatter der SPD-Fraktion Rainer Spiering.

Mit einem Ende Mai vorgelegten Antrag wollen sich die Koalitionsfraktionen diesen Problemen bei der beruflichen Bildung annähern. Die Berufs-

ausbildung müsse an Veränderungen in der Arbeitswelt, Auswirkungen der Demografie und gewandelte Strukturen im Bildungsprozess angepasst werden, heißt es in dem Antrag. Es werde wichtiger, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung wertzuschätzen. Dafür will die Koalition den nationalen Ausbildungspakt ab 2015 fortsetzen und mit den Sozialpartnern eine Ausbildungsgarantie umsetzen. Alle an der Ausbildung Beteiligten – Bund, Länder, Sozialpartner, Berufsschulen – müssten kooperativ zusammenwirken.

SPD und Union wollen zudem mit dem Ausbau von lokalen Netzwerken und Informationsangeboten für eine bessere Beratung von Jugendlichen sorgen. Junge Menschen sollen damit möglichst früh ihre Potenziale erkennen und durch eine gezielte Berufsorientierung den Übergang in Ausbildung meistern können. ■

Otto-Wels-Preis verliehen



Die SPD-Bundestagsfraktion hat zum zweiten Mal den Otto-Wels-Preis für Demokratie verliehen.

Mit dem Preis erinnert die SPD-Fraktion an die Rede, mit der der damalige SPD-Vorsitzende Otto Wels im März 1933 die Ablehnung des nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetzes durch die SPD-Reichstagsfraktion begründete.

Die Auszeichnung geht an Menschen, die sich in besonderer Weise für Demokratie, Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt engagieren. In diesem Jahr wurden gemeinnützige Kulturinitiativen ausgezeichnet, die

sich für Integration und Demokratie einsetzen. Der erste Platz ging dabei an das Audio-Demokratieprojekt „80vontausend“, an dessen Realisierung über 20 Initiativen, Vereine, Theater, Schulen und Ausbildungseinrichtungen aus Berlin und Eisenach zusammen gearbeitet haben. Den zweiten Platz belegte die Integrative Kulturwerkstatt Alte Schule aus Lüdenscheid. Zwei dritte Plätze gingen jeweils an die Musikschule Gregorianum in Laupheim und an den Arbeitskreis Kinderrechte Wedemark mit ihrem Projekt „Kinderrechte mal 16“.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann zeigte sich beeindruckt vom Engagement der Bewerberinnen und Bewerber, das in rund 70 Bewerbungen zum Ausdruck kam. „Wir sind tief beeindruckt vom Einfallsreichtum und dem Einsatz, den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an unserem Wettbewerb mit Ihren Projekten und Aktivitäten unter Beweis stellen.“ ■

Vorgestellt



Christian Flisek

Als Christian Flisek 2013 erstmals in den Bundestag einzog, kam er für die SPD-Fraktion wie gerufen. Der Jurist ist Fachmann für rechtliche Fragen in den Bereichen Digitales, Netzpolitik und IT-Sicherheit und war jahrelang als wissenschaftlicher Mitarbeiter im IT- und Sicherheitsrecht tätig. Damit ist er die perfekte Besetzung für die Arbeit im Untersuchungsausschuss zur massenhaften Datenerfassung durch die NSA und andere Nachrichtendienste. Die SPD-Fraktion machte ihn zum Obmann für den Ausschuss. Daneben ist Flisek Mitglied in den Ausschüssen für Recht und Verbraucherschutz und Digitale Agenda.



Ute Vogt

Ute Vogt ist mit der Anti-Atom-Bewegung zur Politik gekommen. Seitdem hat sie das Thema nicht mehr losgelassen. Als stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende ist sie zuständig für Umwelt und Landwirtschaft und tritt nicht nur für erneuerbare Energien, sondern auch für eine dezentrale Energieversorgung ein. In der letzten Legislaturperiode war sie SPD-Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss. Als solche hat sie einen großen Anteil daran, dass Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik jetzt in einer gemeinsamen Kommission den zentralen Fragen bei der Suche nach einem Atommüllendlager nachgehen. „Das ist einmalig in der Geschichte des Bundestages“, sagt Vogt. ■

„Waffenhandel ist keine Wirtschaftspolitik“

Die Koalition sorgt für mehr Transparenz bei Rüstungsexporten.

// Wie im Koalitionsvertrag beschlossen, wird die Regierung künftig bei der Genehmigung von Rüstungsexporten restriktiver und zugleich transparenter vorgehen. //

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist Waffenhandel kein Mittel der Wirtschaftspolitik. Deshalb hat der Bundestag jetzt auf Antrag der Koalitionsfraktionen neue Regelungen für mehr Transparenz bei Entscheidungen der Bundesregierung über Rüstungsexporte beschlossen. Schon im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD vereinbart, den Export von Kriegswaffen restriktiver zu handhaben.

Mehr Transparenz als je zuvor

Künftig wird die Bundesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit so transparent über Rüstungsexporte unterrichten wie noch keine Regierung zuvor. Konkret bedeutet das: Spätestens 14 Tage nach der Erteilung einer Exportgenehmigung wird der Bundestag darüber informiert.

Die Informationspflicht gilt auch für Entscheidungen des vorbereiteten Staatssekretärs-Ausschusses und umfasst Informationen über die Art des Exports, die Anzahl der Güter sowie das Empfängerland. Sie ist für alle Abgeordneten des Bundestages zugänglich.

Die Regierung wird der Öffentlichkeit und dem Parlament zudem pro Jahr nicht nur einen, sondern zwei Berichte über Rüstungsexporte vorlegen. Der reguläre Rüstungsexportbericht soll nicht erst zum Ende, sondern bereits zur Mitte des Folgejahres veröffentlicht werden. Zusätzlich soll jeweils im Herbst ein Zwischenbericht über das erste Halbjahr des laufenden Jahres vorgelegt werden.

Weniger Exporte

„Wir wollen Rüstungsexporte nicht verbieten, aber restriktiver entscheiden, wohin exportiert werden kann und wohin nicht“, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil in einer aktuellen Stunde zum Thema Rüstungsexporte im Bundestag. Deshalb werde es künftig weniger Rüstungsexporte geben. Heil



Die SPD-Fraktion ist sich sicher: Künftig wird es weniger Rüstungsexporte geben.

mahnte aber auch die Fähigkeit zur Differenzierung an: „Es ist ein Unterschied, ob Panzer oder Patrouillenboote exportiert werden.“ Die Koalition werde dafür sorgen, dass Waffen nicht in Länder ausgeführt werden, in denen sie zur Unterdrückung der Bevölkerung dienen.

Sehr strenge Maßstäbe bei Export in Drittstaaten

Die SPD-Fraktion werde künftig darauf achten, dass die Exportrichtlinien eingehalten werden, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rainer Arnold. Klar sei aber auch: Die Mehrheit der Deutschen wolle Streitkräfte, die gut ausgestattet seien. Dafür brauche es Rüstungsunternehmen in Deutschland. Vor allem bei der Sicherheitstechnik dürfe Deutschland nicht noch abhängiger von den Vereinigten Staaten werden.

„Die Bundesregierung legt bei Exporten in Drittstaaten sehr strenge Maßstäbe an“, sagte Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium. Rüstungsexporte

würden nur genehmigt, wenn außen- und sicherheitspolitische Interessen bestünden. Dabei werde das Parlament stets rechtzeitig informiert: „Wir meinen es ernst mit der Transparenz und legen alles offen.“ ■

www.spdfraktion.de

Termine

19. Juni: Das Rentenpaket, 27356 Rotenburg

19. Juni: Gute Lehre braucht starken Mittelbau, 28199 Bremen

25. Juni: Der lange Weg zur friedlichen Revolution, 10117 Berlin

27. Juni: Kommunen entlasten, 11011 Berlin

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 10. Juni 2014

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Johanna Agci, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“: Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800